KREISZEITUNG
Böblinger Bote
Amtsblatt für den Kreis Böblingen
Heimatzeitung für Böblingen, Sindelfingen, Herrenberg, Schönbuch und Gäu

Nummer 65 · 11. Woche · 197. Jahrgang Samstag, 19. März 2022 Einzelpreis: 2,10 Euro

Bauwirtschaft befürchtet Materialmangel

Der Krieg in der Ukraine hat auch Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Wegen hoher Preise und fehlender Materialien befürchtet die Deutsche Bauindustrie sogar Baustopps. Nicht nur die hohen Dieselpreise, auch Stahl und Bitumen bereiten den Firmen zunehmend Sorgen.

Von Annika Grah

STUTTGART/BERLIN. Der Krieg in der Ukraine verschärft die Preiskrise bei Baumaterialien und sorgt für neue Probleme in der Branche. „Wir können heute nicht sicher sagen, ob genügend Material für alle Baustellen in Deutschland vorhanden sein wird", beschreibt Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Bauindustrie, die Lage.

Die größten Sorgen bereiten neben den hohen Diesel- und Spritpreisen auch wichtige Rohstoffe: „Wir haben große Preissteigerungen etwa bei Stahl, Bitumen und Aluminium gesehen", sagte Müller. „Die Materiallieferanten geben uns deshalb keine verbindlichen Angebote mehr."

> „Wir können heute nicht sicher sagen, ob genügend Material für alle Baustellen vorhanden sein wird."
>
> **Tim-Oliver Müller,** Hauptgeschäftsführer der Deutschen Bauindustrie

Wegen hoher Preise und Lieferengpässe rechnen die Baufirmen vor allem mit Auswirkungen auf den Straßenbau. Foto: dpa/Thomas Frey

In einer Umfrage, die der Verband unter 451 Mitgliedsunternehmen bundesweit durchgeführt hat, gaben 83 Prozent der Befragten an, dass der Krieg direkte oder indirekte Auswirkungen auf ihr Unternehmen habe. Fast zwei Drittel der befragten Firmen klagen über Lieferengpässe und vier von fünf Firmen über Preissteigerungen bei Baumaterialien. Fast 90 Prozent sprachen dabei von stark oder sehr stark ausgeprägten Problemen. Das bleibt nicht ohne Folgen: 72 Prozent der von Lieferengpässen und Preissteigerungen Betroffenen berichten von Verzögerungen bei laufenden Bauprojekten.

„Aktuell machen sich stark und sehr schnell die steigenden Preise für Sprit und Energie bemerkbar", sagte der Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg, Thomas Möller, unserer Zeitung. „Hier wird wohl seitens der Konzerne abkassiert, und damit wird eine Knappheit vorweggenommen, die so noch gar nicht da ist." Hinzu komme, dass bestimmte Materialien nicht mehr geliefert würden, weil Lieferwege nicht sicher seien oder weil es einen Importstopp gebe. „Die Baustoffhändler machen momentan keine längerfristigen Kalkulationen mehr. Da ist die Rede von Tages- oder sogar Stundenpreisen."

Die hohen Dieselpreise sehen dabei drei Viertel als Problem, etwa zwei Drittel klagen über Preissteigerungen und Lieferengpässe bei Stahl. 49 Prozent treffen die Probleme bei Bitumen und Asphalt. 74 Prozent der Befragten gaben an, dass Lieferanten nur noch tagesaktuelle Preise machen. 72 Prozent klagten, dass überhaupt keine Preiszusagen mehr gemacht werden.

„Seriöserweise können unsere Firmen aktuell keine Aufträge kalkulieren", klagt Möller. „Das trifft wegen der Probleme bei Bitumen vor allem den Straßenbau."

Wegen der volatilen Preise drohten den Baufirmen unter Umständen herbe Verluste, warnen die Verbände – vor allem bei laufenden Verträgen der öffentlichen Hand. „Bei privaten Vorhaben können die Firmen bestimmte Materialien aus der Kalkulation nehmen", sagt Möller. „Das geht bei Aufträgen der öffentlichen Hand nicht. Deshalb sprechen wir uns für sogenannte Preisgleitklauseln aus, die üblicherweise erst bei Aufträgen mit einer Laufzeit von mehr als zehn Monaten gewährt werden. Wir fordern hier eine flexiblere Handhabung."

Bleibe die Situation so bestehen, warnt Tim-Oliver Müller vom Bundesverband, drohten Projekte in die Verlustzone zu rutschen. Ein kurzfristiger Baustopp könne aus heutiger Sicht nicht ausgeschlossen werden. Mit den Vorständen großer Auftraggeber wie der Bahn oder der Autobahn GmbH stehe man in Kontakt. Die deutsche Bauindustrie habe sich aber auch an die Politik gewandt. „Wir sind auf ein Zeichen der Bundesregierung angewiesen, damit Länder und Kommunen reagieren", sagt Müller.

Das Bundesverkehrsministerium kündigte an, es würden partnerschaftliche und faire Lösungen angestrebt. Bei den neuen Ausschreibungen werde der rechtliche Rahmen ausgeschöpft. Aktuell geht das Ministerium davon aus, dass die für das Jahr 2022 geplanten Bauprojekte realisiert werden können.

Doch die Bauwirtschaft stellt sich laut Möller vom baden-württembergischen Verband auf eine längere Durststrecke ein: „Ich sehe im Moment keinen Exit. Selbst wenn es schnell einen Waffenstillstand gäbe, bedeutete das ja kein Ende der Sanktionen."

Baubranche warnt vor Baustopps

BERLIN/STUTTGART. Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auf die Baustellen im Land aus. „Wir haben große Preissteigerungen, etwa bei Stahl, Bitumen und Aluminium gesehen", sagte Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Bauindustrie. Es sei nicht sicher, ob genug Material für alle Baustellen in Deutschland vorhanden sei.

In einer Umfrage, die unserer Zeitung exklusiv vorliegt, klagen fast zwei Drittel der befragten Unternehmen über Lieferengpässe und vier von fünf Firmen über Preissteigerungen bei Baumaterialien.

Das bleibt nicht ohne Folgen für die Wirtschaft : 72 Prozent der Betroffenen berichten von Verzögerungen bei laufenden Bauprojekten. *ang*